

Medienmitteilung

3. März 2008

PROGR-KünstlerInnen fordern vom Stadtrat eine faire Chance

Alle Bedingungen erfüllt - Das Stimmvolk soll die Wahl haben

Am Donnerstag, den 5. März 2009 entscheidet der Stadtrat über die Zukunft des PROGR. Die Künstlerinitiative Pro PROGR hat alle Bedingungen und Auflagen erfüllt. Nun fordert sie, dass ihr Projekt dem Stimmvolk am 17. Mai in einer Variantenabstimmung vorgelegt wird.

Am 31. Dezember hat der Verein Pro PROGR fristgerecht alle Unterlagen bei der Stadt Bern eingereicht (Finanzplan, Sanierungskonzept, Betriebskonzept). Der Finanzierungsnachweis ist erbracht. Da sämtliche Auflagen (Denkmalpflege, Bauinspektorat, Gebäudeversicherung, behindertengerechtes Bauen) erfüllt wurden, soll dem Stimmvolk die Variante zur Weiterführung des PROGR als Kulturzentrum vorgelegt werden.

Die Stiftung PROGR – mit einem breit abgestützten Stiftungsrat – wird Besitzerin des Gebäudes, trägt die finanzielle Verantwortung und sichert den Betrieb. Die Übernahme kann nach positivem Volksentscheid nahtlos per 1. August 2009 erfolgen. Die Stiftung garantiert mit ihrem Zweckartikel, dass die Liegenschaft immer kulturell genutzt wird. Der Gastrobetrieb Turnhalle und die Aula werden mit einem breiten Angebot erweitert. Der Hof wird ein belebter und öffentlicher Platz mit Skulpturenausstellungen und Kinderfesten.

Finanzielle Garantie für die Stadt

Der PROGR ist nachweislich finanziell abgesichert. Die gesammelten 12 Millionen Franken (2,1 Mio à fonds perdu, 4,5 Mio Darlehen, 5,5 Mio Hypothek) garantieren Kauf und Sanierung des PROGR. Die laufenden Kosten und der zukünftige Unterhalt werden mit den Mieteinnahmen bezahlt. Die Stiftung PROGR beantragt keine Subventionen von der Stadt Bern.

Eine Mietkaution (2 Jahre Baurechtszins = 640'000 CHF) kann hinterlegt werden. Sollte die Stiftung PROGR wider Erwarten den Baurechtszins nicht zahlen können, hätte die Stadt Zugriff auf dieses Geld. Zusammen mit einer Heimfallklausel im Baurechtsvertrag ist damit das finanzielle Risiko für die Stadt gleich Null. Die Stiftung darf das Gebäude nicht an Dritte weiterverkaufen. Dieses kann somit nicht zum Spekulationsobjekt werden.

Es sind total 117 Absichtserklärungen für Darlehen und à fonds perdu Beiträge eingegangen. 70 Geldgeber haben sich bis zum 1. März bereit erklärt, ihren Namen zu veröffentlichen. (s. Anhang)

Die Stadt Bern hat die einmalige Chance, ihre Attraktivität zu steigern, Kultur zu fördern und gleichzeitig eine wirtschaftlich nachhaltige Nutzung ihrer Liegenschaft sicherzustellen. Das Stimmvolk soll die Möglichkeit erhalten, sich für diese Chance zu entscheiden.

Links:

Zusammensetzung Stiftungsrat:
www.proprogr.ch/stiftungsrat.pdf

Liste der Geldgeber, die sich zur Veröffentlichung einverstanden erklärt haben:
www.proprogr.ch/geldgeber.pdf

Auskunft:

Peter Aerschmann, Videokünstler und Präsident KünstlerInitiative Pro PROGR
079 799 00 55

Hintergrund

Die Stadt Bern ist Eigentümerin des ehemaligen Progymnasiums „PROGR“ am Waisenhausplatz. Seit 2004 bietet das Gebäude ideale Arbeitsbedingungen für rund 150 Kulturschaffende. Im PROGR ist eine dynamische Szene mit internationaler Ausstrahlung entstanden. Nach Ablauf der Zwischennutzung am 31. Juli 2009 soll das Gebäude im Baurecht an Private übertragen werden. Der Gemeinderat hat einen Wettbewerb lanciert, und eine Jury hat das Projekt „Doppelpunkt“ (Gesundheitszentrum) zum Sieger erkoren. Da der Kaufpreis und der Baurechtszins weit unter den allgemeinen Erwartungen lagen, hat sich eine Künstlergruppe entschieden, der Stadt ein eigenes Angebot zu unterbreiten. Der Stadtrat hat das Projekt „Doppelpunkt“ am 6. November an den Gemeinderat zurückgewiesen – mit der Auflage, das Angebot der PROGR-Künstlerinnen und Künstler zu prüfen. Von diesen wurde verlangt, bis Ende Dezember das Kaufangebot zu konkretisieren, den Nachweis für die Finanzierbarkeit zu erbringen und ein Nutzungskonzept vorzulegen. Am 31. Dezember hat der Verein Pro PROGR fristgerecht alle Unterlagen bei der Stadt Bern eingereicht (Finanzplan, Sanierungskonzept, Betriebskonzept) und den Finanzierungsnachweis erbracht. In der Stadtratssitzung vom 5. März 2009 wird entschieden, ob weiterhin einzig am Projekt „Gesundheitszentrum“ festgehalten wird, oder ob es an der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 zu einer Variantenabstimmung kommen wird.